

stadt

Sans-Papiers werden zum Politikum

FDP-Präsident will linken Vorstoss für Studie unterstützen

TIMM EUGSTER

Urs Schweizer wollte zwar die linke Forderung nach einer Regularisierung aller arbeitenden Ausländer ohne Aufenthaltsbewilligung an einem Podium nicht unterstützen - er fordert aber eine vertiefte Abklärung.

Mit einem geharnischten Mediencommuniqué hatte die Basler FDP auf die Ankündigung des neuen grünen Justizdirektors Guy Morin reagiert, er wolle den Handlungsspielraum des Kantons zur Verbesserung der Situation der Sans-Papiers abklären. Wer sich illegal im Land aufhalte, müsse «unverzüglich und formlos» ausgeschaft werden, so die FDP im Februar. Am Freitag nahm FDP-Präsident Urs Schweizer an einem Podium der Anlaufstelle für Sans-Papiers unter dem Titel «Wirtschaftssektor Privathaushalte» teil - und brachte sehr viel Verständnis für die «Schicksale» der «er-schreckend hohen Zahl» an schwarzarbeitenden Haushaltshilfen auf: «Man kann die Augen nicht verschliessen und muss eine Lösung innerhalb des geltenden Rechts suchen.»

Genf als Vorbild. Martin Boekhoudt vom Sans-Papier-Kollektiv Genf hatte zuvor dargelegt, wie die bürgerlich dominierte Genfer Regierung den Bund im Januar ersucht hatte, eine Lösung zu finden für 5600 Haushaltshilfen ohne Bewilligung, die in Genf oft für Löhne von bloss 1800 Franken pro Monat arbeiten. Zuvor hatten alle im Genfer Grossen Rat vertretenen Parteien inklusive SVP die Regierung beauftragt, sich des Problems anzunehmen. Daraufhin waren drei Expertenkommissionen eingesetzt worden. Gleichzeitig hatten die Gewerkschaften 2058 Dossiers über 5000 Personen erfasst, um Daten über die Situation der Sans-Papiers zu erhalten. Acht von zehn Genfer Sans-Papiers stammen aus Lateinamerika, die meisten arbeiten in Haushalten und sind Frauen.

Ruf nach «Auslegeordnung». «Ich nehme heute Abend vieles entgegen, das mir so nicht bekannt war», bekannte Urs Schweizer: Er habe als Sans-Papiers bisher Leute bezeichnet, die sich nach einem abschlägigen Asylentscheid oder einem Nichteintretensentscheid weigerten auszureisen. BastAI-Grossrätin **Brigitta Gerber** und Hannes Reiser vom Sans-Papiers-Komitee sprachen hingegen von einer logischen Folge des Ausschlusses aller Nicht-EU-Bürger vom schweizerischen Arbeitsmarkt (Ausnahmen: «Professoren und Prostituierte») durch eine Änderung im Ausländerrecht. Die weiterhin bestehende Nachfrage nach wenig qualifizierten Arbeitskräften werde nun statt von Saisoniers von Sans-Papiers befriedigt.

Ausser der grob hochgerechneten Zahl von 5000 bis 10 000 Sans-Papiers in der Nordwestschweiz ist sehr wenig über sie bekannt, was auch die verwirliche Diskussion um die richtige Definition zeigte. Jetzt will **Gerber** im Grossen Rat einen Vorstoss für eine «Auslegeordnung» lancieren. Ob gleichzeitig bereits auch eine Motion für ein Regularisierungsprojekt à la Genève eingereicht wird, ist noch offen. Eine Regularisierung könne er nicht unterstützen, betonte Schweizer («Ich bin auch gegen Steueramnestien»), aber von einer Auslegeordnung wolle er seine Fraktion zu überzeugen versuchen.

Fünf Franken Stundenlohn. Gegen eine Regularisierung sprach sich auch Marie-Therese Kuhn aus, Co-Leiterin des Amtes für Wirtschaft und Arbeit: Das Problem werde damit nicht gelöst. Sie erhalte immer wieder Gesuche um Arbeitsbewilligungen für schlecht entlohnte Hilfskräfte in Haus und Garten aus Nicht-EU-Ländern, die sie ablehnen müsse. Man müsse dafür sorgen, dass diese Arbeiten verteuert würden. Da dürfte es noch einiges zu tun geben: Reinigungsunternehmerin Katharina Zaugg nannte Beispiele von Grossfirmen, deren Räume durch Firmen gereinigt werden, die bei einem Mindestlohn von 16.50 Stundenlöhnen von 5 bis 12 Franken bezahlen.

Andererseits zeigte eine Umfrage der Anlaufstelle für Sans-Papiers, dass viele Basler bereit sind, ihren Haushaltshilfen faire Löhne zu bezahlen.